Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 46 (1967)
Heft: 7-8

Artikel: Kampf um Israel, heute und gestern
Autor: Reventlow, Rolf
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-337941

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Schweizer sind leicht geneigt, die geltenden Verhältnisse als die allein möglichen zu betrachten. Dabei erkennen wir oft nicht, dass viele unserer Anschauungen nur noch auf Fiktion beruhen! Wie viele Fiktionen sind nur in unserer bald jundertjährigen Bundesverfassung festgehalten! Um aber etwas Verlorenes in neuer Form wiedergewinnen zu können, muss man sich zuerst des Verlustes bewusst werden. Deshalb muss eine gründliche Selbstüberprüfung, zu der eine Totalrevision der Bundesverfassung Anlass sein könnte, vorgenommen werden. Parteien und Behörden werden dabei die Führung zu übernehmen haben. Dieser Rolle müssen sie sich würdig erweisen, denn dem ratlosen Volk muss ein Rat gegenüber stehen, der schon allein auf Grund seines Ansehens im Volk unbestrittene Autorität geniessen kann.

Rolf Reventlow

Kampf um Israel, heute und gestern

Der dritte Krieg um den Bestand des Staates Israel hat bemerkenswerte Verschiebungen in der Stellungnahme politischer Kräfte innerhalb und ausserhalb des europäischen Kontinents zur Folge gehabt. Als im Jahre 1956 die Suez-Aktion der britischen und französischen Regierung von einer Offensive der Israeli auf der Halbinsel Sinai begleitet wurde, wurde diese Aktion durchweg wenig günstig beurteilt. Für Ägypten ergab sich zwar im Sinaigebiet eine militärische Niederlage, an den Ufern des Suezkanals hingegen ein politischer Erfolg. Durch die Interventionen der nordamerikanischen und der sowjetischen Regierung wurde der britisch-französische Feldzug im Kanalgebiet abgeblasen. Er war im Stile der kolonialen Aktionen des 19. Jahrhunderts gestartet worden, offiziell, um die Freiheit der Schiffahrt im Kanal, tatsächlich, um die Interessen der Compagnie Universelle de Suez zu schützen. Diese Gesellschaft war die Erbin der Kanalbauer. Ihre Verwaltung im Kanalgebiet wirkte in der Zeit, da die arabischen Völker zur Eigenstaatlichkeit gekommen waren und Ägypten Stück für Stück die britische Besatzung und dann das Sonderregime der Briten im Kanalgebiet – auf dem Verhandlungswege – losgeworden war, anachronistisch. So wie nach und nach die beherrschenden Stellungen der ausländischen Kapitalgesellschaften und Banken in Ägypten durch das Regime des «arabischen Sozialismus» von Abd-el-Nasser liquidiert wurden, sollte nun die Kanalgesellschaft nationalisiert werden. Der bewaffnete Angriff der beiden im Mittelmeerraum und auf dem afrikanischen Kontinent als die grossen Kolonialstaaten angesehenen Mächte weckte in Ägypten die nationale Opposition in einem Ausmass, das der Festigung des nationalistisch betonten Nasser-Regimes überaus dienlich war. Der Erfolg am Suezkanal

verdeckte bis zu einem gewissen Grade die Niederlage gegenüber den Israeli. Daher war Nasser zu Zugeständnissen bereit, akzeptierte er die Vermittlung der Vereinten Nationen und die Stationierung der Friedenstruppe auf ägyptischem Gebiet. Die Israeli dagegen hatten dies abgelehnt, was aus der Lage an diesen Demarkationslinien innenpolitisch begreiflich erscheint, sich aber auf längere Sicht gesehen und im internationalen Streit um die Probleme des Nahen Ostens ungünstig auswirkte.

Elf Jahre später ist die Lage eine völlig andere. Diesmal handelt es sich um einen Aufmarsch der arabischen Anrainerstaaten Israels, wobei die sowjetische Waffenhilfe – und im Hintergrund vermutlich nicht nur technisch-militärische Hilfe – für Irak, Syrien und Ägypten eine entscheidende Rolle spielt. Seit – nach der Liquidation der Compagnie Universelle – im Suezkanal auch sowjetische Piloten auftauchten und der Assuan-Staudamm, der für die Erweiterung der landwirtschaftlich nutzbaren Bodenfläche Ägyptens lebenswichtig ist, von den Sowjets gebaut wird, hat der sowjetische Einfluss im Nahen Osten gewaltig zugenommen und vielfach die Politik eines Teils der arabischen Staaten beeinflusst. Das gilt für Syrien, wo eine sehr sowjetfreundliche Fraktion der Baath-Partei am Ruder ist und von wo aus in den letzten Jahren ununterbrochen Kleinaktionen der palästinensisch-arabischen Flüchtlinge auf das israelische Gebiet unternommen wurden. Es gilt auch für das abgelegene Jemen, wo Nasser mit einem Expeditionskorps die jemenitischen Republikaner – aber unter ihnen auch nur diejenigen, die mit seiner allarabischen nationalistischen Politik einverstanden sind – gegen den Emir Badr unterstützt. Überaus erfolgreich waren die Ägypter hier trotz dem Einsatz moderner militärischer Technik nicht. Das von ihnen gehaltene Gebiet wird jedoch mit sowjetischer Entwicklungshilfe modernisiert, mit unübersehbarer Blickrichtung auf Südarabien, das seit Jahren gegen die britische Vorherrschaft rebelliert. Es trifft sich hier mithin seit Jahr und Tag die allarabische und im arabischen Raum selbst expansionistische Politik Abd-el-Nassers mit der zielstrebigen Ausdehnung der sowjetischen Einflusszone im Nahen Osten im Schatten Nassers, die daher nicht mit dem Odium des «Imperialismus» behaftet ist.

Unter diesen Voraussetzungen begann nun kürzlich der allgemeine machtpolitische Aufmarsch gegen Israel mit dem erklärten Ziel, es von der Landkarte des Nahen Ostens zu löschen. Daher erweckte die Stellung Israels in westlichen Ländern diesmal weit mehr Sympathien als elf Jahre zuvor. Sogar in der deutschen Bundesrepublik gab es spontane Demonstrationen unter dem Motto «Hände weg von Israel». Unweit der Zentrale des Völkermords[1], wie ein Redner sagte, wurde in München gegen den beabsichtigten Völkermord an den Israeli protestiert. Es protestierten vor allem die jungen Menschen, und es sprachen die Alten, die sich vor über fünfunddreissig Jahren in Deutschland

[1] Gemeint war das einstige «Braune Haus» der NS-Parteileitung, jetzt Landeskonservatorium des Freistaats Bayern.

gegen das Aufkommen eines politischen Regimes gewehrt hatten, das den Völkermord geplant und technisiert betrieben hatte. Auf den Strassen deutscher Städte sammelten junge Mädchen Spenden für Israel. Niemand protestierte, auch keine Anhänger der vielzitierten NPD – eine bemerkenswerte Nebenerscheinung der Nahostkrise unserer Tage. Anders war die Lage allerdings in Ländern, in denen starke kommunistische Parteien vorhanden sind, in Frankreich und Italien. Hier wirkten die Moskauer Parolen ebenso prompt wie in den Ostblockstaaten, mit der einzigen Ausnahme Rumäniens. Der sowjetisch-kommunistische Antisemitismus erlebte und erlebt eine neue Auflage. Trotz einigen mittlerweile versuchten Nuancierungen kam es in Frankreich zu einer deutlichen Scheidung der Meinungen zwischen den Vertretern der Linksföderation unter Mitterand und der KP. Allerdings sind die Motive nicht immer dieselben. Mit Recht wurde in der französischen Presse darauf hingewiesen, dass manche Sympathieerklärung für Israel aus dem Bereich alter kolonialer antiarabischer Stellungnahmen kommt, aus Kreisen, die während des algerischen Befreiungskrieges den französischen Staat in eine ernste Krise zu treiben versuchten.

Tatsächlich ist es zur klaren Beurteilung der geschichtlichen Wurzeln dieses Konflikts notwendig, nicht allgemein zu urteilen, sondern die vielschichtigen Erscheinungsformen des arabischen Nationalismus unserer Tage voneinander zu unterscheiden. Dabei darf nicht übersehen werden, dass es sich bei den Arabern – wie bei den Israeli – um eine ganz neue Nationswerdung von bis vor kurzem noch «geschichtslosen» Völkern handelt, wie vor Jahrzehnten der bekannte sozialistische Theoretiker Otto Bauer jene Völker nannte, die bis zu einem gewissen Zeitpunkt nicht als Nation geformt waren und keinen Nationalstaat gebildet hatten. Ganz geschichtslos ist die arabische Welt an sich nicht. Doch ihre Geschichte liegt weit zurück in der Zeit der arabisch-berberischen Königreiche in Spanien. Seither wurde die Mehrzahl der arabischen Völkerschaften lange Zeit von türkischen Statthaltern drangsaliert und dann von europäischen Kolonialmächten unterdrückt. Sie waren in ihren eigenen Ländern Menschen niederer Kategorie. Scheinregierungen wurden von europäischen Beratern kontrolliert, Menschen mit moderner Ausbildung hintangesetzt und Arbeiter im Betrieb misshandelt und ungenügend bezahlt. Daraus entstand der sehr verallgemeinernde Antikolonialismus und der neue Nationalismus der einzelnen arabischen Länder, der vielfach mit traditionistischen und religiös begründeten Richtungen in Konflikt geriet; so in der Gründungszeit der tunesischen Verfassungspartei die Modernisten mit den «alten Turbanen» des alten Destur (Destur = Verfassung) oder in Ägypten die unter der Flagge des arabischen Sozialismus segelnden Offiziere, die die Monarchie, aber auch das Parlament liquidiert hatten, mit den fanatischen «Moslemischen Brüdern». Vielerlei Verschiedenartigkeiten in den einzelnen Ländern und Überlagerungen der führenden Generationen oder auch nur der Cliquenkämpfe ergeben ein keineswegs einheitliches Bild dieser Entwicklung. So ist auch in Wahrheit die «Arabische Nation», von der der algerische Staatspräsi-

dent und Oberst Boumedienne bei Ausbruch des Israelkonfliktes sprach, in Wahrheit inexistent. Sein Konflikt mit Marokko um Teile der Südostgrenze beider Länder ist nicht bereinigt, so wenig wie König Feisals von Saudiarabien Unterstützung des Emir Badr im Jemen aus der Welt geschafft. Wenn trotzdem Ende Mai sukzessive alle regierenden Cliquen oder Staatsoberhäupter der verschiedenartigsten arabischen Länder auf die antiisraelische Einheitsfront einschwenkten, so infolge der Wirksamkeit der ägyptischen nationalistischen Propaganda. Wie immer ist bei der Konkurrenz nationalistischer Gruppen der stärkste Schreier und der bedenkenlose Demagoge am erfolgreichsten.

Zweifellos gibt es so etwas wie ein arabisches Gemeinschaftsgefühl, obwohl die verschiedenen Länder in ihrer sozialen Struktur, wirtschaftlichen Entwicklung, in ihren kulturellen Bindungen und ihren Regierungssystemen recht verschieden sind. Es gibt, vielen Behauptungen zum Trotz, auch keine allen verständliche arabische Sprache. Man nennt die Volkssprachen der einzelnen Länder gerne «Dialekte». Doch das archaische Koran-Arabisch ist dem Volk ebensowenig verständlich wie das ägyptische Arabisch den Algeriern oder Marokkanern. Die Länder des Maghreb[2] können zudem ihr Unterrichtssystem ohne französische Entwicklungshilfe und französischen Unterricht nicht aufrechterhalten. Der Tunesier Habbib Bourguiba vertritt sogar Gemeinschaftsbestrebungen der frankophonen Länder Afrikas, also weit entfernt von der kulturellen Tradition des arabischen Sprachbereichs, die sich bislang nur im Nahen Osten in moderner Form zu entwickeln vermochte. Die religiösen Bande des Islams spielen natürlich auch eine Rolle in der Gemeinsamkeit der arabischen Länder, obwohl die einzelnen Sekten keineswegs gleichartig sind, obwohl in Syrien und im Libanon die maronitischen Christen nicht minder arabisch denken und allzuoft ihre Antipathie gegenüber den Juden in allzu enge Verbindung mit der Bewunderung für... Hitler bringen. Für bundesrepublikanische Deutsche wirkt das oftmals peinlich, nicht minder als die Verwendung bekannter Nazigrössen im ägyptischen Staatsdienst. Und es ist überaus schwer, arabischen Menschen den Standpunkt des nazifeindlichen Deutschen verständlich zu machen. Propaganda und Vertreter der ostdeutschen DDR sehen allerdings mit bemerkenswerter Grosszügigkeit über solche Schönheitsfehler bei den von ihnen stark umworbenen Repräsentanten der Nahoststaaten hinweg.

Die emotionale Feindschaft gegenüber Israel hat in den arabischen Ländern verschiedenartige Grundelemente. Eines und das älteste davon ist der Gegensatz der Religionsgemeinschaften. Obwohl in mohammedanischen Ländern die Juden durchweg liberaler behandelt wurden[3] als im christlichen Europa vergangener Jahrhunderte, ist dennoch die Ablehnung dieser Religionsgemein-

[2] Maghreb, französische Schreibweise für Mochreb, der Westen; Mochreb-al-Aarabi, der arabische Westen, womit Tunesien, Algerien und Marokko gemeint sind. (Marokko, der äusserste Westen, ist eine europäische Umbildung des gleichen Wortes.)

[3] Nach koranischem Recht kann ein mohammedanisches Mädchen mit einem Christen oder Juden verheiratet werden.

schaft, die sich in vielen Ländern in Sprache und Herkunft von den Arabern nicht unterscheidet, der Ausgangspunkt der antijüdischen Haltung, die man nicht gut Antisemitismus nennen kann, da Arabisch wie Hebräisch semitische Sprachen sind. Das politische Problem tauchte zuerst – und langsam – in Palästina auf, nachdem die zionistische Bewegung dort mit Hilfe des Nationalfonds zu kolonisieren begann. Wie bekannt, entstand die zionistische Bewegung ureigentlich aus den Pogromen und Judenverfolgungen im östlichen Europa, in Russland, Kongress-Polen und Rumänien. Den messianischen Gedanken des Gelobten Landes und der Rückkehr in die Urheimat übersetzte dann der Wiener Jounalist Theodor Herzl ins Politische durch sein Buch «Der Judenstaat». Der die Welt umspannende Jüdische Nationalfonds ermöglichte dann, zuerst unter türkischer Herrschaft und dann – nach dem Zweiten Weltkrieg – unter dem britischen Mandat, die Ansiedlung der zionistischen Pioniere, die sich der Landwirtschaft widmeten und die originale Form der freiwilligen Kollektivwirtschaften, der Kibbuzim, schufen. Damals verkauften arabische Grundbesitzer gerne gegen gutes Geld angeblich unfruchtbares Gelände, auf dem die Neusiedler mit viel Arbeit, Opfergeist und modernen Ideen Wunder wirkten. So wie ausgangs des vorigen Jahrhunderts die Judenverfolgungen im europäischen Osten den Anstoss zur zionistischen Idee, zum Ansatz der Bildung eines jüdischen Nationalgedankens gaben, so traten diese Zielsetzungen mit den «rassisch» begründeten Judenverfolgungen des Dritten Reiches in ein akutes Stadium, in das Stadium der Vervielfachung der Emigration nach Palästina, oftmals begrenzt und erschwert durch die britische Mandatsregierung, aber dennoch unaufhaltsam steigend. Das Drama dieser Epoche und der Beginn der gewaltsamen Auseinandersetzungen mit den palästinensischen Arabern schildert auf Grund tatsächlicher Vorkommnisse der Roman «Exodus» von Leon Uris. Illegale paramilitärische Verbände bekämpften sich in Palästina oder bekämpften die britische Mandatsmacht, die sowohl von Juden wie von Arabern als Kolonialregime empfunden wurde.

An diesem Punkt trat mit dem Zweiten Weltkrieg die verhängnisvolle Entwicklung ein, die jüdische Freiwillige als Hitlergegner in die britischen Streitkräfte eintreten liess, während die Führer des arabischen Nationalausschusses für Palästina nach dem Rezept: die Feinde meines Feindes sind meine Freunde, auf den Sieg des Judenfeindes Hitler setzten. Der vielzitierte Mufti von Jerusalem El Amin-el-Hussein setzte sich nach Berlin ab und hielt am Radio unter dem Schutz von Joseph Goebbels Brandreden gegen die Briten. Nach dem Zweiten Weltkrieg versuchte die neue Labourregierung unter Clemens Attlee zuerst eine Lösung des Palästinaproblems, das der Aussenminister Bevin in der Bildung eines jüdisch-arabischen Staates sah. Niemand war hierzu bereit. Die britische Labourregierung rief daher die Vereinten Nationen und stellte in Aussicht, dass sie das Mandat nicht weiter ausüben werde. In den Vereinten Nationen wollte man nationalpolitische Grenzen ziehen und Palästina teilen. Das war der Anlass für David Ben Gurion, am 14. Mai 1948 die Gründung des Staates Israel in Tel Aviv auszurufen.

Der letzte Blitzkrieg, der nun die Sowjetunion mit noch nicht voraussehbaren Ergebnissen[4] in den Konflikt und die Stellung Ägyptens im Nahen Osten eingreifen sieht, ist der dritte Waffengang arabischer Kräfte mit den Israeli – mittlerweile trotz der verschiedenartigsten Herkunft zu einer Nation zusammengeschweisst –, der für die Araber mit der Niederlage endete, von den nicht zu zählenden Grenzkämpfen abgesehen. Eigentlich ist das Wort «Grenze» hier falsch angewendet, denn bislang lebt der junge Staat, der, wenn auch von aussen unterstützt, auf kargem Boden Erstaunliches leistete, innerhalb von Demarkationslinien. Keiner der Nachbarn hat ihn als Staat anerkannt, alle haben sich das Recht genommen, die Partisanen der 1949 geflüchteten arabischen Palästinenser auf Israel loszulassen. Auch bei Waffenstillstand lebten die Israeli in dauernder militärischer Abwehrbereitschaft, was zu einer schnell mobilisierbaren und alles umfassenden Wehrbereitschaft – Frauen eingeschlossen – führte. Wenn nun aber in Palästina mehr als sonstwo bislang, nach Clausewitz, der Krieg die Fortführung der Politik mit anderen Mitteln war, so ist mit dem dritten Sieg der Israeli der Moment gekommen, den Krieg mit den Mitteln der Politik zu beenden; eine Zielsetzung, die viel schwerer ist als der Sieg auf dem Schlachtfeld. Wenn unmittelbar nach dem Waffenstillstand im Juni 1967 der israelische Ministerpräsident Eschkol und andere massgebende Israeli betonten, mit den arabischen Staaten oder in erster Linie mit Nasser[5] verhandeln zu wollen, so zeigt sich hier nicht nur die Enttäuschung über die mangelnde Kraft der Vereinten Nationen als Körperschaft, sondern in erster Linie die richtige Erkenntnis, dass Israel als Staat nur wird bestehen können, wenn es die Anerkennung durch die arabische Welt und den Frieden mit ihr zu erreichen in der Lage ist. Vielerlei Faktoren stehen dem im Wege. Unter ihnen ist der der arabischen Palästinaflüchtlinge nicht der kleinste. Die Tatsache, dass unmittelbar nach dem Kampf dieses Ziel gesteckt wurde, ist ein ermutigendes Zeichen des Verständnisses für das eigentliche Lebensproblem Israels, das Leben in einer arabischen Umwelt. Viel, sehr viel hängt von der Entwicklung in den einzelnen arabischen Ländern ab, die ernsthaft nicht vorausgesehen werden kann, mehr noch aber von der Sowjetunion. Ihr unmittelbares Engagement im Nahen Osten bereits vor dem bewaffneten Konflikt lässt derzeit wenig Gutes erwarten, noch weniger das sowjetische Militäraufgebot in Kairo. Es ist nicht sicher, dass Moskau die Erfahrungen der Vereinigten Staaten, wohin ein allzu grosses Aufgebot militärischer Berater führen kann, zu beherzigen geneigt ist.

[4] Dieser Artikel wurde am 23. Juni abgeschlossen.

[5] David Ben Gurion erklärte (Le Monde, 20. Juni 1967), «man müsste eine neue Anstrengung machen, um mit Nasser zu verhandeln, für den er grosse Bewunderung hege, denn Nasser wolle etwas erreichen für Ägypten...»